

19.10.2017

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 320 vom 15. September 2017  
des Abgeordneten Wolfgang Jörg SPD  
Drucksache 17/320

### **Nächtliche Schließung der Polizeiwache in Hagen Hohenlimburg:**

**- Wird sich der Innenminister in die Organisationshoheit des Hagener Polizeipräsidenten einmischen-**

#### ***Vorbemerkung der Kleinen Anfrage***

Der Stadtbezirk Hagen-Hohenlimburg ist mit seinen 37 qkm und gemessen an seinen rund 30.000 Einwohnern der drittgrößte Hagener Stadtbezirk. Die Sicherheitslage im Stadtbezirk Hohenlimburg ist unauffällig. Der Polizeipräsident in Hagen plant nun die vorhandene Wache in Hohenlimburg in der Nacht nicht mehr zu besetzen. Er will damit erreichen, dass nachts eine höhere Präsenz von Polizeibeamten auf der Straße realisiert werden kann. Dagegen gibt es in der Bezirksvertretung breiten Widerspruch. Im Landtagswahlkampf haben der örtliche CDU-Kandidat und seine Partei in der Öffentlichkeit erklärt, dass mit einer CDU-geführten Landesregierung die nächtliche Besetzung der Wache sichergestellt werden würde. (vgl. Westfalenpost; Lokalteil Hagen; vom 01.05.2017)

**Der Minister des Innern** hat die Kleine Anfrage 320 mit Schreiben vom 18. Oktober 2017 namens der Landesregierung beantwortet.

**1. *Wird sich der neue CDU Innenminister über die Organisationshoheit des Polizeipräsidenten hinwegsetzen und auf Öffnungszeiten von Polizeiwachen persönlich Einfluss nehmen?***

Die Kreispolizeibehörden (KPB) stehen in der Verantwortung, die in ihrem Polizeibezirk erforderlichen Maßnahmen für eine sachgerechte Aufgabenerledigung zu treffen. Dabei haben sie einheitliche, vom Ministerium des Innern vorgegebene, Rahmenbedingungen einzuhalten.

Ziel einer KPB ist dabei u. a., einen möglichst optimalen, tageszeit- und lageangepassten Einsatz von Funkstreifenwagenbesatzungen sowie von Polizeivollzugsbeamtinnen und

Datum des Originals: 18.10.2017/Ausgegeben: 24.10.2017

Polizeivollzugsbeamten (PVB) für besondere Einsatz- oder Präsenzmaßnahmen zu ermöglichen.

Sofern die KPB diesen Grundsätzen und Rahmenbedingungen folgen, wird keine Notwendigkeit gesehen, Vorgaben zu machen, die in die Organisationshoheit der Behördenleitungen eingreifen.

**2. *Wie bewerten Sie die Strategie des Hagener Polizeipräsidenten, dass mit der nächtlichen Schließung der Wache mehr Polizeipräsenz auf der Straße erreicht werden soll?***

Die KPB Hagen plant, die personelle Besetzung der Polizeiwache bedarfsorientiert zu optimieren, um die Aufgabenwahrnehmung im operativen Außendienst zum wirksamen Schutz der Bevölkerung noch mehr zu stärken, insbesondere um die Polizeipräsenz sichtbar zu erhöhen. Demnach wird zur deutlich schwächsten Zeit des Besucheraufkommens (nachts), kein PVB mehr vorgeplant, der neben innerdienstlichen Angelegenheiten auch Ersuchen der Bürgerinnen und Bürger bearbeitet.

Ungeachtet dieser Veränderung wird weiterhin in Abhängigkeit der Einsatzlage mindestens eine Funkstreifenwagenbesetzung im Bereich der Polizeiwache in Hagen Hohenlimburg zur Nachtzeit eingesetzt. Die Besetzung wird dann, wie bisher auch, ihren Dienst (schriftliche Arbeiten u. a.) in der Polizeiwache in Hagen Hohenlimburg wahrnehmen. Während die Funkstreifenwagenbesetzung sich in der Polizeiwache befindet, werden Ersuchen der Bürgerinnen und Bürger nach wie vor bearbeitet. Die Entscheidung folgt dem übergeordneten Ziel, eine Erhöhung der Polizeipräsenz auf der Straße zu erreichen.

Für den Fall, dass eine Bürgerin bzw. ein Bürger sich mit einem Ersuchen an die Polizeiwache in Hagen Hohenlimburg richtet, während sich die Funkstreifenwagenbesetzung z. B. im Einsatz befindet oder Streife fährt (Präsenz), besteht über eine mit der Leitstelle verbundene technische Einrichtung (Sprechanlage) die Möglichkeit, mit der Polizei Hagen Kontakt aufzunehmen. Damit bleibt nicht nur die Ansprechbar- und Erreichbarkeit der Polizei Hagen an diesem Wachstandort gewährleistet, sondern auch die schnelle Hilfe in dringenden Fällen.

Mit der Entscheidung der Landesregierung, die Zahl der jährlich einzustellenden Polizeibeamtinnen und -beamten ab sofort auf 2.300 zu erhöhen und jährlich - beginnend in 2018 - 500 Polizeiangestellte einzustellen, werden Polizeipräsenz und operative Aufgabenwahrnehmung der Polizei in Nordrhein-Westfalen absehbar gestärkt.

Die Polizeibehörden werden damit in Zukunft die Möglichkeit erhalten, mit höherer Flexibilität bürger- und aufgabenorientiert über den Personaleinsatz und die Besetzung von Dienststellen zu entscheiden.